

Wahlprüfsteine der DGB-Jugend Sachsen für die sächsischen Landtagswahlen und für die Bundestagswahlen 2009

Fragen werden an die Fraktionsvorsitzenden des Landtags, an die jugendpolitischen SprecherInnen des Landtags und an die jungen KandidatInnen aus Sachsen für die Landtags- und Bundestagswahlen geschickt. Die Antworten werden auf die Homepage der DGB-Jugend Sachsen und deren Mitgliedgewerkschaften gestellt.

1. Schule

Zahlreiche wissenschaftliche Befunde belegen, dass in Deutschland die Bildungschancen junger Menschen sehr eng mit ihrer sozialen Herkunft zusammenhängen. Was soll auf der Bundes- bzw. Landesebene gemacht werden, damit das deutsche Bildungssystem mehr Chancengleichheit realisiert?

Die soziale Selektion im deutschen Bildungssystem ist so groß wie in keinem anderen vergleichbaren Land in Europa. Das muss geändert werden. Dazu ist es u.a. notwendig das:

1. ein kostenfreier Zugang zu Bildung für alle – unabhängig vom Geldbeutel und sozialem Stand der Eltern - ermöglicht wird. (konkrete Maßnahmen: Abbau von Bildungshürden, Abkehr vom dreigliedrigen Schulmodell, Abschaffung und bundesweites Verbot von Studiengebühren usw.) Es ist notwendig hierzu bundesweit einheitliche gesetzlicher Regelungen zu schaffen.
2. ein Rechtsanspruch für jedes Kind auf gebührenfreie, ganztägige und hochwertige Kinderbetreuung ermöglicht wird.
3. öffentliche Kindertageseinrichtungen müssen ausgebaut, besser ausgestattet und mehr Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden
4. Alle Schülerinnen und Schüler sollen zusammen auf Gemeinschaftsschulen länger lernen, statt sie in verschiedene Schulformen auszusortieren und damit soziale Unterschiede zu verstärken. Mit kleineren Klassen, Ganztagschulen, sozialpädagogischer Unterstützung an jeder Schule und mehr Lehrerinnen und Lehrern entstehen die Voraussetzungen, um die Fähigkeiten und Stärken jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen zu fördern.
5. Die Schulen und Hochschulen müssen wieder angemessen finanziell ausgestattet werden, um ihrem gesellschaftlichen Auftrag gerecht werden zu können.
6. Der Einfluss von Lobbyorganisationen wie der Bertelsmannstiftung, die in den letzten Jahren einen enormen Einfluss auf Politik und Bildungssystem hatten, muss begrenzt werden.

*In diesem Zusammenhang verweise ich noch auf die Forderungen nach sozialer Öffnung, Demokratisierung, Gemeinwohlorientierung, Selbstbestimmtem Lernen und Verbesserung der Lern- und Lehrbedingungen die wir während der letzten Monate im Rahmen des Bildungsstreiks in Leipzig erhoben haben.
(<http://mikenagler.linkeblogs.de/?p=988>)*

Bildung ist ein öffentliches Gut und keine Ware – das ist meine Grundüberzeugung. Daher lehne ich jegliche Privatisierungstendenzen in diesem Bereich ab und setze mich dafür ein, dass diese Tendenz umgekehrt wird. Nicht der Kampf um die besten (und finanzstärksten) Köpfe, sondern das Miteinander aller muss das Ziel einer wirklich emanzipatorischen Bildungs- und Schulpolitik sein. Nicht Wettbewerb, sondern Kooperation und Solidarität – dafür setze ich mich ein.

2. Jugendverbandsbildung (nur für Landtagskandidat/innen)
--

Über die Schule hinaus ist Jugendverbandsarbeit eine wichtige Säule der informellen Bildung. Wie bewerten Sie die Unterstützung des Landes Sachsen für die Jugendverbandsarbeit und welche Maßnahmen würden Sie ergreifen, um diese zu stärken bzw. unbürokratischer auszugestalten?
--

3. Berufsausbildung

Eine gute berufliche Bildung ist die Voraussetzung für die Integration von jungen Menschen in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Sie ist auch das beste Rezept gegen Fachkräftemangel. Wie bewerten Sie den Ist-Zustand hinsichtlich folgender Punkte und was kann dafür auf Landes- bzw. Bundesebene gemacht werden, um das zu verbessern:

- Ein „auswahlfähiges“ Angebot an Ausbildungsplätzen
- Qualität der Berufsausbildung
- Situation der Mitbestimmung in der betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildung

Der Ausbildungspakt der Bundesregierung ist ungeeignet, die anstehenden Probleme in den Griff zu bekommen. Den Sonntagsreden von CDU/CSU und SPD über die zukunftssträchtige Rolle von Bildung und Ausbildung steht eine jahrelange chronische Unterfinanzierung gegenüber.

Es ist notwendig, dass durch gesetzliche Regelungen u.a.:

- eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt wird, die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung solidarisch beteiligen.
- ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot sichergestellt und eine gute und umfassende Berufsausbildung gesichert wird, um die betriebliche Berufsausbildung zu verbessern.
- eine Mindest-Ausbildungsvergütung festgeschrieben wird, d.h. eine Entlohnung nach Gesetz.
- „Schmalspurausbildungen“ und Warteschleifen abgeschafft werden.
- die Berufsausbildung reformiert und Qualität in den Mittelpunkt gestellt wird.
- Mitbestimmungsrechte für außerbetriebliche Auszubildende gestärkt werden.

4. Studium

Die Reform der Hochschule durch die Einführung von BA/MA Studiengängen und die Novellierung des sächsischen Hochschulgesetzes ist weit vorangeschritten.

- Wie bewerten Sie die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der BA/MA Studiengänge in Hinsicht auf Workload, Verschulung, Beteiligung der Betroffenen bei der Akkreditierung, Personalmangel, internationale Mobilität und Anerkennung der BA-Abschlüsse im Beruf? Was kann die Politik auf Bundes- bzw. Landesebene tun, um diese Probleme zu lösen?
- Wie bewerten Sie die Auswirkungen des neuen sächsischen Hochschulgesetzes in Hinsicht auf Hochschulautonomie und Mitbestimmung der Hochschulgruppen? Schlagen Sie Änderungen vor?

Die BA/MA Reform wurde in Deutschland vor allem dazu genutzt, um Einsparungen im Bildungsbereich durchzusetzen und das Studium marktgerecht verwertbar zu machen. Die Verlagerung der „Kompetenzen“ auf die Länderebene hat zusätzlich dazu geführt, dass in den Bundesländern verschiedene gesetzliche Regelungen gelten, die teils in anderen Bundesländern nicht anerkannt werden. Es ist absurd, wenn man einerseits im Rahmen des Bologna-Prozesses von der Schaffung eines „einheitlichen europäischen Hochschulraumes“ spricht, andererseits die Umsetzung in der Bundesrepublik aber dazu geführt, dass allein hier sechzehn unterschiedliche Hochschulsysteme etabliert werden. Zudem wurde das Ziel, einen Teil des Studiums im Ausland zu verbringen und die Leistungen an der „Heimatuniversität“ problemlos anrechnen zu lassen, durch die Reform konterkariert. Statt mehr sind es nun deutlich weniger Studierende, die den Weg ins Ausland antreten.

- Die Umstrukturierung der Hochschulen hat zweifelsfrei zu einer Verschulung und einem Qualitätsverlust geführt. Mit universitärer Bildung oder Bildung im humboldtschen Sinn, d.h. der Einheit von Lehrenden und Lernenden hat das nichts mehr zu tun. Die Probleme gab es zwar schon vorher, die Reform hat diese aber noch massiv verschärft.
- Ich sehe es vor allem als notwendig an, wieder eine Politik unabhängig der sogenannten ThinkTanks wie das CHE der Bertelsmannstiftung zu betreiben. (Auch das SächsHG geht im ersten Entwurf auf einen

Vorschlag des CHE zurück.)

- Jede/r Bachelorabsolvent/in muss das Recht auf einen freien Zugang zum Masterstudium erhalten.
- Es ist notwendig, mehr Studienplätze zu schaffen und ein deutlich besseres BAföG durchsetzen.
- Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung müssen problemlos studieren dürfen. Auch müssen die Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium verbessert werden.
- Mit einem Erwachsenenbildungsgesetz sollte die berufliche und allgemeine Weiterbildung für alle, insbesondere weniger Qualifizierte, gefördert werden.
- Zu den Forderungen zur Bologna-Reform im Speziellen (Workload, Beteiligung usw.) verweise ich auf die Forderungen, die während der Protesttage an der Uni Leipzig aufgestellt wurden:
<http://mikenagler.linkeblogs.de/?p=436>

Zur Debatte um das Neue Sächsische Hochschulgesetz:

Die sogenannte "Hochschulautonomie" die im Zusammenhang mit dem SächsHG proklamiert wird, ist vor allem ein großer Etikettenschwindel. Ich greife hier nur zwei Punkte heraus: Die Abschaffung des Konzils und die Einführung eines externen Hochschulrates.

1. In Sachen Demokratie und Mitbestimmung ist das Neue SächsHG ein klarer Rückschritt. In einer demokratischen Gesellschaft sollten auch deren Hochschulen demokratisch verfasst sein, denn die Studierenden sollen hier nicht nur eine fundierte akademische Ausbildung erhalten und das wissenschaftliche Denken lernen, sondern auch ihre gesellschaftspolitische Kompetenz durch aktive Teilhabe an demokratischen Entscheidungen trainieren. U.a. durch die Abschaffung des Konzils als Ort demokratischer Willensbildung, wo auch der Dialog zwischen den Generationen und Disziplinen in den Hochschulen stattfand, wurde eine Säule der inneruniversitären Demokratie demontiert. Hier ist eine Nachbesserung dringend notwendig.

2. Dem im Gesetz vorgeschriebenen Hochschulrat – der überwiegend von „Hochschulexternen“ besetzt werden soll - werden derart weit reichende Vollmachten zugeordnet, dass es rein nichts mit "Hochschulautonomie" zu tun hat. Letzten Endes werden Strukturen geschaffen, in denen Personen aus der Wirtschaft und Politik die mit der Hochschule selbst nichts zu tun haben, wichtige Entscheidungen treffen.

Notwendig ist es, dass die Hochschulen echte Autonomie bekomme, das heißt dass sie in allen Fragen von Forschung und Lehre autonom entscheiden können und natürlich mit einer ausreichenden Finanz- und Personalausstattung bedacht werden, damit sie ihren gesellschaftlichen Aufgaben auch mit Anstand gerecht werden können.

Ich verweise an dieser Stelle bzgl. SächsHG auf die Forderungen der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS,) in der ich jahrelang selbst aktiv war und die ich teile.
(<http://www.stura.uni-leipzig.de/kss-cms/index.php?id=144>)

5. Berufseinstieg

Junge Berufseinsteiger stecken überdurchschnittlich in befristeten und prekären Arbeitsverhältnissen. Was kann auf Bundes- bzw. Landesebene getan werden, um den Berufseinstieg junger Menschen zu fördern und für sie ein qualitativ besseres Arbeitsplatzangebot bereitzustellen?

- Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes.
- Eine gesetzliche Regelung für Praktika und deren Entlohnung.
- Eine gesetzliche Regelung zum Zwecke der Zurückdrängung von Leiharbeit.
- Generell ist in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ein Umsteuern notwendig. Ich setze mich für eine radikale Arbeitszeitverkürzung ein. Arbeit muss fair verteilt werden – genauso wie das erwirtschaftete Vermögen.

Hier noch der Verweis auf den Bereich Bildung im Bundeswahlprogramm der Partei DIE LINKE für die ich als parteiloser Direktkandidat im Wahlkreis Leipzig II antrete. (<http://tinyurl.com/mf8z95>)